Null Unterstützung

Die Bundesregierung fördere Diktatoren, nicht aber junge Demokratien, kritisiert eine Delegation hessischer Vereine, die im Juni Kobani besuchte. **Von Gitta Düperthal**

Es war eine Reise, die sie nie vergessen werden: »Wir sind beeindruckt, wie schnell die Menschen dort ein basisdemokratisches, fortschrittliches Projekt umsetzen«, so Thomas Lutz, Gesellschafter der »Welle Jugend- und Familienhilfe«, am Mittwoch gegenüber *junge Welt*. Mit einer Delegation von Mitgliedern des »Vereins Städtefreundschaft Frankfurt-Kobani« und der »Stiftung der freien Frauen in Rojava« (WJAR) sowie Gerhard Trabert, Sozialmediziner aus Mainz, und seiner Kollegin Heike Karau, Kinder- und Jugendtherapeutin im von der »Welle« betriebenen »Zentrum für Traumapädagogik«, war er vom 7. bis 15. Juni in Rojava. Dieser Name ist immer noch gebräuchlich – »Demokratische Föderation Nordsyrien« nennt sich das kurdisch-multiethnische Selbstverwaltungsgebiet jedoch seit März 2016 offiziell.

PAUL ZINKEN/DPA

Solidarität mit den Menschen im kurdischen Autonomiegebiet Rojava im Norden Syriens auf einer Demonstration vergangenen September in Berlin

Die Hanauer Sozialarbeiter haben mit 25 dortigen Lehrern ein Schulprogramm für die unter den Kriegsfolgen leidenden Kinder in Kobani entwikkelt. Viele haben Eltern oder Angehörige im Kampf gegen »Daesch« verloren, wie der »Islamische Staat« (IS) auf arabisch abgekürzt wird. In der Schule litten sie oft unter Konzentrationsschwierigkeiten oder hätten »Flashbacks«, durchlebten also brutale Kriegsszenen noch einmal im Kopf, erklärt Lutz. Das Bildungsministerium – wie alle dortigen Institutionen mit einer Doppelspitze aus einer Frau und einem Mann besetzt – sei dabei, 1.200 Lehrer umzuschulen. Sie sollen nach dem Erleben eines autoritären Systems, das mit Drohungen und Schlägen arbeitete, angstfrei lernen können. Bildungsministerin Nesrin Kenan engagiere sich sehr dafür, so Lutz.

Viele der etwa 100.000 Einwohner Kobanis, die bislang zurückgekehrt sind, lebten noch in Trümmern oder Containern; so wie 14 Frauen, deren Männer im Kampf gegen Daesch starben, mit ihren 44 Kindern. Ihnen sei aber mitgeteilt worden, dass Wohnungen für sie im Bau seien. Überall in der Stadt werde gebaut; auch das Waisenhaus, das unter anderem der Verein Städtefreundschaft Frankfurt-Kobani mit Spenden von bislang 70.000 Euro gefördert habe. Der Rohbau steht, aber immer wieder müssten Baumaßnahmen unterbrochen werden, weil Materialien fehlten. »Wieso hat die deutsche Bundesregierung noch keinen Sack Zement zum Aufbau der zerstörten Stadt geschickt, obgleich die jungen Leute der YPG/YPJ den Kopf im Kampf gegen den IS hinhalten, zur Zeit um dessen Hochburg Rakka – auch für die europäischen Demokratien, wo Anschläge der Terrormiliz stattfinden?« fragt Lutz mit Blick auf die Volks- und Frauenverteidigungskräfte. Auch der Ausbau des demokratischen Bildungssystems werde von Berlin nicht unterstützt.

Trotz des Kriegszustands bauten die Menschen dort eine Gesellschaft auf, die die Gleichstellung der Geschlechter, Ethnien und Religionen fördere – eine Seltenheit im Nahen Osten. Statt Solidarität und Unterstützung hagele es aber in der BRD nur Verbote, etwa das, die Fahnen von YPG und YPJ zu zeigen. Das verstünden die Menschen dort nicht. Die Delegation fordert die Bundesregierung auf, Druck auf den türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan auszuüben. Ankaras Wirtschaftsembargo, das mit einer derzeit 650 Kilometer langen Mauer an der türkischen Grenze zu Nordsyrien durchgesetzt wird, müsse aufgehoben werden. »Es kann nicht sein, dass die Bundesregierung ständig alte Diktatoren unterstützt, nicht aber junge, fortschrittliche Menschen«, sagt Lutz.

Auf Nachfrage war am Donnerstag aus den Büros der für Syrien zuständigen Bundesabgeordneten der Grünen – Cem Özdemir, Omid Nouripour und Franziska Brantner – zu hören, sie planten eine Anfrage an die Bundesregierung für den 1. Juli: Auch die Grünen wollten wissen, warum die Bundesregierung ausgerechnet die demokratische Föderation Rojava und das zerstörte Kobani nicht mit Bau- und Schulmaterialien unterstützt, sagte ein Sprecher. »Welle«-Mitarbeiterin Karau vermisst »ein parteiübergreifendes Netzwerk im Bundestag, das sich für die Menschen in Rojava und Kobani stark macht, damit das Entwicklungs- oder das Außenministerium sie fördert: »Als Anerkennung für deren Einsatz gegen den IS und für die Demokratie.«

■ Bankverbindung: Städtefreundschaft Frankfurt-Kobani e.V.
Frankfurter Volksbank e. G.
IBAN: DE66 5019 0000 6200 9082 42,
BIC: FFVBDEFF

■ Hintergrund

Lieber »Rebellen« helfen

Die Bundesregierung leistet Entwicklungshilfe für syrische Regionen, in denen Dschihadisten herrschen. Mit »Unterstützung durch die staatlichen Strukturen, die in der Region bereits entstanden sind«, hat zum Beispiel die Organisation Vision Hope International e. V. 2016 nach eigenen Angaben das sogenannte Violet-Krankenhaus in Ariha errichtet. Ein weiterer Kooperationspartner war das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das 410.000 Euro beisteuerte. Mit »staatlichen Strukturen« in der Region waren offenbar nicht die der syrischen Regierung in Damaskus gemeint, sondern Einrichtungen der von dschihadistischen Gruppen dominierten »Rebellenallianz« Dschaisch Al-Fatah, wie die Bundestagsfraktion Die Linke im März in einer Anfrage an die Bundesregierung festhielt. Schließlich war die Stadt Ariha in der nordwestsyrischen Provinz Idlib im Mai 2015 von dieser eingenommen worden. Dem Bündnis islamistischer und dschihadistischer Milizen gehöre als derzeit stärkste Gruppe Ahrar Al-Scham an. In Ariha lieferten sich darüber hinaus im Januar 2017 die konkurrierenden dschihadistischen Vereinigungen Ahrar Al-Scham und der Al-Qaida-Ableger Dschabha Fatah Al-Scham (früher Fatah Al Scham-Front) Gefechte. Beide Milizen würden in Deutschland vo der Bundesanwaltschaft als terroristische Organisationen im Ausland nach Paragraph 129b eingeschätzt. In der Antwort der Bundesregierung vom 9. Mai heißt es dazu, Behördenpersonal und Strukturen würden in von der »syrischen Opposition« kontrollierten Gebieten in der Regel nicht ausgetauscht.

(düp)

»Das ist Rojava: Mitbestimmung und Respekt«

Mainzer Sozialmediziner fordert aktive Solidarität mit der Selbstverwaltung. **Ein Gespräch mit Gerhard Trabert**

Sie waren als Sozialmediziner im Juni zum zweiten Mal in diesem Jahr in Rojava in Nordsyrien; unter anderem im Flüchtlingscamp Ain Issa, rund 50 Kilometer nördlich von der umkämpften IS-Hochburg Rakka. Wie ist die Situation der Geflüchteten?

In Ain Issa sind jetzt fast doppelt so viele Flüchtlinge untergebracht wie im März, als ich zum ersten Mal dort war. Damals waren es etwa 5.000. Weitere müssen aufgrund der Kämpfe um Rakka fliehen. Das Camp betreuen Ärztinnen und Ärzte von »Médecins sans frontières« (MSF) Frankreich, MSF Niederlande, der Kurdische Halbmond, eine kleine Schweizer Hilfsorganisation und das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR. Die Lage hat sich seit März verbessert. Damals gab es – viel zu wenige – Toiletten und Wasserstellen am Rande des Camps; jetzt gibt es sie überall, dezentral im Camp verteilt.

Gerhard Trabert ist Arzt, Professor für Sozialmedizin, Vorsitzender des Vereins Armut und Gesundheit in Deutschland, der in Mainz die »Ambulanz ohne Grenzen« für obdachlose und nicht versicherte Menschen betreibt. Vom 7. bis 15. Juni war er in Nordsyrien.

Die Menschen dort fühlen sich für Sauberkeit und Hygiene verantwortlich. Es entspricht dem Prinzip der Selbstverwaltung in kleinen Einheiten.

Wird das basisdemokratische Prinzip Rojavas in Flüchtlingscamps angewandt?

Ja. Das Konzept der föderalen Gesellschaftsstruktur in Rojava wird Flüchtlingen vom ersten Tag an vermittelt; auch im Camp Roj, in der Nähe der Stadt Derik an der irakisch-türkischen Grenze, wo mehr als 2.500 Menschen Zuflucht suchen. Täglich kommen bis zu 100 Personen aus Mossul oder Rakka dazu. Die Menschen dort organisieren sich mit jeweils acht Familien in Räten. Ihre demokratisch beschlossenen Bitten und Fragen zum Leben im Camp übergeben sie an kurdische Versorgungsstrukturen. Ich war weltweit in Flüchtlingslagern unterwegs – selten habe ich ein derart gut organisiertes Camp gesehen. Spürbar ist: Die Menschen begreifen es als ihren Lebensraum, gestalten selber mit. Das ist Rojava: Mitbestimmung und Respekt. Streitereien und gewalttätige Auseinandersetzungen gebe es bisher nicht. Dabei ist die Versorgungslage prekär, weil die Türkei ihre Grenzen geschlossen hat. Genau wie Europa sich abschottet. Ein Dominoeffekt, der sich fortsetzt! Menschen aus Krisenregionen können sich kaum mehr in Sicherheit retten. Es gibt in Syrien immer mehr Flüchtlingslager. Leid und Sterben finden quasi unter Ausschluss der Weltöffentlichkeit statt.

Sie haben eine medizinische Ambulanz der Volksverteidigungseinheiten YPG besucht, nur 13,5 Kilometer von der Frontlinie in Rakka. Welchen Eindruck hatten Sie?

Bei mehreren militärischen Gesundheitseinrichtungen in Frontnähe wird auf die Hygiene kein Wert gelegt. Medikamente, Verbände und Spritzen liegen offen herum. Das habe ich kritisiert. Alles ist in verschlossenen Behältern aufzubewahren; Handschuhe müssen greifbar sein. Vielleicht denke ich »zu deutsch«, und es gibt andere Prioritäten, aber es gilt, Wundinfektionen zu vermeiden.

Fehlen Medikamente?

Ich habe verschiedene Antibiotika und ein mobiles Ultraschallgerät mitgebracht und übergeben. Es fehlt an Dialysegeräten für die Bevölkerung in der Region Kobani: Dort benötigen 180 Menschen die Behandlung, es gibt aber nur zwei Geräte. Ich habe mir von den Kolleginnen und Kollegen dort Listen geben lassen, was sie an Apparaten und chirurgischem Equipment brauchen: etwa ein fahrbares Röntgengerät, um Fälle von Tuberkulose schnell zu identifizieren, die Krankheit kommt häufig in Armuts- und Kriegsgebieten vor.

Weshalb engagieren Sie sich nun in Rojava mit Hilfsleistungen?

Es ist die einzige Region im Nahen Osten mit einem basisdemokratischen Konzept, was ich förderungswürdig finde. Die europäische und die deutsche Flüchtlingspolitik sind nicht menschenrechtskonform. Es ist unrecht, die Balkanroute zu schließen. Wir müssen offen für diese Menschen sein, zudem ihre Versorgungsstrukturen in den Krisenregionen stabilisieren.

Wie kommt es, dass ausgerechnet in einem so brutal umkämpften Gebiet Menschen versuchen, ein demokratischeres Gesellschaftswesen aufzubauen?

Das hat mit der kurdischen Geschichte zu tun. Abdullah Öcalans Gesellschaftskonzepte werden dort weiterentwickelt und praktisch umgesetzt. Die weitgehende Autonomie dort ermöglicht es.

Interview: Gitta Düperthal